Dieses Dokument ist lizenziert für VÖBB-Servicezentrum, ui58016c.
Alle Rechte vorbehalten. © Behörden Spiegel. Download vom 28.11.2025 06:34 von https://bib-voebb.genios.de.

SMARTES NIEDERSACHSEN
KOMMUNAL. KLIMANEUTRAL. INNOVATIV.
10. – 11. FEBRUAR 2026 | HANNOVER www.smartes-niedersachsen.de

Volle Leitung voraus

(BS/Carla Menzel) In vielen ländlichen Regionen Deutschlands fehlt noch schnelles Internet: 2,1 Prozent der Bundesfläche sind ohne mobilen Breitbandzugang, 27 Millionen Haushalte verfügen bislang über keinen Glasfaseranschluss. Das neue Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) will mit gezielten Initiativen den Ausbau von Mobilfunk und Glasfaser in unterversorgten Regionen vorantreiben.

Bild: BS/Hoffmann

Das BMDS hat ein Eckpunktepapier zur Modernisierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) vorgelegt, mit dem Ziel, insbesondere den Glasfaserausbau in Mehrfamilienhäusern zu beschleunigen. Für jedes Gebäude soll ein ausbauendes Telekommunikationsunternehmen das Recht auf den Vollausbau aller Wohnungen eines Gebäudes erhalten. Zudem soll ein befristetes Zugangsverweigerungsrecht von zwei Jahren eingeführt werden. In dieser Zeit dürfe nur das ausbauende Unternehmen die neu gebaute gebäudeinterne Glasfaserinfrastruktur nutzen. Nach Ablauf dieser Frist sollen andere Anbieter das Netz nutzen können. Sie würden ein Entgelt zahlen, das die Investitionskosten des Ausbauunternehmens decke. Damit sollen Ausbauanreize gewahrt bleiben, während gleichzeitig ein dauerhaftes Monopol verhindert werde.

Die Telekom begrüßt das geplante Vollausbaurecht und betont, dass ein Recht zum FTTH-Ausbau im gesamten Gebäude nötig sei, da sonst „der Ausbau weiter verzögert bzw. flächendeckend nicht stattfinden“ werde. Zudem seien „klare Regeln, die einen effektiven Zugang ermöglichen und kostenbasierte Entgelte festschreiben“ entscheidend, um Investitionen zu sichern.

Rebecca Lenhard (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Bundestags und Sprecherin für Digitales und Staatsmodernisierung, befürchtet, dass Unternehmen beim Vollausbau ihr Monopol innerhalb eines Gebäudes ausnutzen könnten. Nur durch fairen Zugang für alle Anbieter könnten Nutzerinnen und Nutzer echte Wahlfreiheit genießen.

Parallel zum Vollausbau in Mehrfamilienhäusern skizziert das BMDS im Konsultationspapier von September 2025 einen geordneten Übergang vom Kupfer- zum Glasfasernetz.

Die Migration soll in zwei Phasen erfolgen: Zunächst sollen Kundinnen und Kunden freiwillig auf Glasfaser wechseln. Begleitend plant das Ministerium Informationsmaßnahmen für Kunden und Kommunen, um den Übergang transparent zu machen.

> „Ich werde persönlich dafür sorgen, dass der Ausbau Chefsache bleibt und wir gemeinsam große Sprünge nach vorn machen.“
>
> Dr. Karsten Wildberger (CDU), Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung

Anschließend könnte das Kupfernetz schrittweise im Rahmen eines geregelten Verfahrens nach Paragraf 34 TKG abgeschaltet werden. TK-Unternehmen, die Kupferleitungen stilllegen wollen, müssten vorab bei der Bundesnetzagentur (BNetzA) anmelden, welche Anschlüsse betroffen sind, wann die Abschaltung erfolgen soll und dass alle Haushalte entweder an Glasfaser angeschlossen sind oder über alternative Breitbandanschlüsse mit vergleichbarer Geschwindigkeit verfügen.

Gleichzeitig soll die Bundesnetzagentur prüfen, dass andere Anbieter fairen Zugang zur Glasfaserinfrastruktur erhalten, damit kein Unternehmen die Nutzung exklusiv kontrolliert und Kunden weiterhin die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern haben.

Die Telekom hält es für richtig, dass Kupferleitungen erst abgeschaltet werden, wenn die Gebäude bereits mit FTTH-Gebäudeanschlüssen ausgestattet sind. Einen Zwang zum Wechsel lehnt das Unternehmen hingegen ab: „Es ist nicht der Zeitpunkt, um unser Kupfernetz abzuschalten und eine zwangsweise Kupfer-Glas-Migration anzuordnen.“ Stattdessen solle der Ausbau freiwillig und marktgetrieben erfolgen: „Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Ausbaukosten und Ausbauhürden zu senken und überflüssige Bürokratie und Überregulierung abzubauen.“

Weiße Flecken, bunte Lösungen

Auch der mobile Breitbandausbau rückt stärker in den Fokus des BMDS. Die Studie „Analyse von weißen Flecken“ des Ministeriums liefert eine neue Datengrundlage: In Deutschland gibt es 23.500 weiße Flecken mit einer Gesamtfläche von 7.518 Quadratkilometern – das entspricht 2,1 Prozent der Bundesfläche. Die meisten dieser weißen Flecken sind kleiner als ein Quadratkilometer und machen 30 Prozent der unversorgten Fläche aus. Die größeren Gebiete nehmen die übrigen 70 Prozent ein. Besonders betroffen sind ländliche Regionen, Wälder, Höhenlagen, Grenzgebiete und Naturschutzgebiete. In den südlichen Bundesländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz gibt es besonders viele unversorgte Flächen ohne Mobilfunk. Die Studie zeigt nicht nur, wo die weißen Flecken liegen, sondern macht auch deutlich, wie sie gezielt geschlossen werden sollen. Vorgeschlagen wird der Ausbau bestehender 4G- und 5G-Netze an den identifizierten Funklöchern, unterstützt durch finanzielle Anreize für private Anbieter, damit auch unrentable Regionen versorgt werden. Bund, Länder und Kommunen sollen ihre Ausbauprojekte enger abstimmen, um Planung und Umsetzung zu beschleunigen. Die Versorgungslücken sollen fortlaufend erfasst und öffentlich kartiert werden, um den Fortschritt transparent zu machen. Gleichzeitig sollen Informationskampagnen die Bevölkerung über die Lücken und neue Angebote aufklären und lokale Initiativen für den Ausbau fördern.

Digitale Infrastruktur als Chefsache

Das BMDS setzt zudem gezielt auf Austausch: Anfang Oktober berief *Dr. Karsten Wildberger* (CDU), Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, Delegierte der Länder, Kommunen und der Telekommunikationsbranche zu einem Spitzentreffen ein, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu beschleunigen. Im Gesprächsmittelpunkt standen die Herausforderungen beim Glasfaser- und Mobilfunkausbau sowie die geplante Migration von Kupfer- auf Glasfasernetze. *Wildberger* betont: „Ich werde persönlich dafür sorgen, dass der Ausbau Chefsache bleibt und wir gemeinsam große Sprünge nach vorn machen.“ Die Teilnehmenden verständigten sich zudem darauf, Verhandlungen über ein Memorandum of Under-standing (MoU) aufzunehmen, das erstmals verbindliche und messbare Ziele für den Infrastrukturausbau festschreiben soll. Die Gespräche sollen im ersten Quartal 2026 abgeschlossen werden. Die politische Bewertung des Vorhabens fällt unterschiedlich aus.

Zustimmung kommt unter anderem aus Baden-Württemberg: Digitalisierungsminister *Thomas Strobl* (CDU) bewertet die Initiative von Bundesdigitalminister *Wildberger* als wichtigen Schritt für eine flächendeckende Glasfaserversorgung in Deutschland. Schnelle Netze seien essenziell für Gesellschaft und Wirtschaft und der Ausbau könne durch mehr Transparenz und Messbarkeit besser gesteuert werden.

Aus der Opposition kommen warnende Stimmen: *Rebecca Lenhard* betont, dass die jüngsten Initiativen zum Netzausbau ohne konkrete und überprüfbare Ausbauziele nur symbolischen Charakter hätten. Deutschland brauche „jetzt einen Netzausbau, der den Wettbewerb stärkt, Verbraucherinnen und Verbraucher schützt und nachhaltige Strukturen schafft. Nur so gelingt digitale Teilhabe für alle, nicht nur in den Ballungszentren, sondern überall im Land“.

Notwendiger Schritt

In der Branche selbst wird das Vorgehen grundsätzlich positiv aufgenommen, allerdings mit klaren Erwartungen. *Philipp Müller*, Geschäftsführer von ANGA Der Breitbandverband e. V., lobt die Dialoginitiative des Ministers als „guten und notwendigen Schritt“ und hebt hervor, dass dieser in den ersten Monaten seiner Amtszeit gezeigt habe, dass es ihm mit dem Gigabitausbau ernst sei. Gleichzeitig weist *Müller* darauf hin, dass noch viele Fragen offen seien. Entscheidend ist aus Sicht von ANGA, dass der Ausbau künftig messbare Fortschritte liefert. Denn nur so könne ein „bestes Netz für Deutschland“ entstehen. *Mehr zu unserem Schwerpunkt Breitband lesen Sie auf Seite 34.*